

Kommunalwahl- programm 2014

*... für Meerbusch
Grün wählen!*

www.gruene-meerbusch.de

**BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN**





Liebe Meerbuscherinnen und Meerbuscher,

seit 30 Jahren vertreten wir, die Meerbuscher GRÜNEN Sie als unsere Wählerinnen und Wähler aktiv in Ihrem Stadtrat. Seit fünf Jahren, also seit der letzten Kommunalwahl, gibt es eine Kooperation zwischen den GRÜNEN Meerbusch und der CDU im Rat unserer Stadt.

Gemeinsam haben wir Anträge gestellt und wesentliche Themen mit der Ratsmehrheit dieser beiden Fraktionen auf den Weg gebracht. Wir haben viel erreicht, manches auch nicht, bei anderen Entscheidungen auch mal die Zähne zusammenbeißen müssen. Die Zusammenarbeit war intensiv und konstruktiv, aber sie war auch anstrengend. Viele unterschiedliche Haltungen mussten einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden. Dabei ist viel Grünes umgesetzt worden, aber natürlich blieben auch Vorhaben auf der Strecke.

Trotzdem können wir auf die einflussreichste Ratsperiode der GRÜNEN im Meerbuscher Rat zurückschauen. Wir haben ein Klimaschutzkonzept und eine Klimamanagerin, wir haben ein sehr attraktives Jugendcafé, es entstanden viele neue Kindertageseinrichtungen und das Angebot der offenen Ganztagschule wurde ausgebaut. Für große Grünflächen haben wir erreicht, dass sie entgegen der bisherigen Planung nicht mehr für eine spätere Bebauung vorgesehen sind, wie beispielsweise die Gebiete südlich der Arche Noah oder zwischen Strümp und der Stadtbahn U 76 / Meerbuscher Wald. Es ist jetzt Praxis, dass gefälltete städtische Bäume grundsätzlich qualitativ gleichwertig ersetzt werden müssen.

Der Anteil des integrativen Unterrichts ist erhöht worden und eine Anpassung der Schulstruktur an den Bedarf der Eltern sowie die veränderten Schülerzahlen ist auf der Zielgeraden.

Wir haben ein stadtweites Wohnraumkonzept zur Schaffung von kostengünstigeren und altersgerechten Wohnungen beschlossen, und alle städtischen baulichen Maßnahmen beinhalten inzwischen optimierte Energiekonzepte. Die Bebauung auf dem Ostara-Gelände in Osterath wird bezogen auf den Wärmeverbrauch deutlich höherwertiger sein, als die gesetzlichen Vorgaben dies fordern. Die Energieversorgung erfolgt über ein Blockheizkraftwerk mit sehr hohem Wirkungsgrad, Erdwärme und Solarzellen auf dem Frischemarkt, den wir uns allerdings durchaus kleiner gewünscht hätten.

Die Straßenquerschnitte in diesem Gebiet haben wir deutlich reduziert, die Radwege optimiert und verkehrsberuhigte Bereiche vergrößert. Wir haben Einnahmeverbesserungen des städtischen Haushaltes umgesetzt und Ausgaben begrenzt. Das ist nur ein Teil der Maßnahmen, die wir in der laufenden Ratsperiode umgesetzt haben. Aber das alles war kein Selbstläufer und mit Aufwand, manchmal auch mit Ärger verbunden. Leider war es nicht möglich, zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen, da einerseits große Projekte wie der Ausbau der Kinderbetreuung umgesetzt wurden, wir andererseits weder die Unterstützungen für Sportvereine noch Sozialeinrichtungen streichen wollten.

Wir möchten dafür werben, dass Sie den GRÜNEN erneut eine starke Stimme im Rat geben, damit städtische Vorhaben auch in Zukunft unter ökologischen, sozialen und finanziellen Aspekten bewertet werden.

Was nehmen wir uns für die nächste Ratsperiode vor?

Wir GRÜNEN pflegen einen regen Kontakt zu verschiedenen Initiativen wie Pro Baum, den Initiativen für Haus Meer, zu Bürgervereinen oder auch zu den verschiedenen Anliegergemeinschaften. Wir kommen also nicht nur zum Wahlkampf vor die Tür! Diesen Austausch wollen wir beibehalten. Allerdings ist eine Partei nicht das Sprachrohr einer einzelnen Gruppierung. Wir wollen und müssen Abwägungen treffen, die zu konsensfähigen Lösungen für die Meerbuscher Bevölkerung führen. Dabei setzen wir GRÜNEN die Priorität auf ökologische und soziale Ziele.

Nachfolgend stellen wir Ihnen einige Schwerpunktthemen für die kommende Ratsperiode vor. Unabhängig von diesen werden wir weiter kritisch auf die Meerbuscher Themen insgesamt schauen. Wir GRÜNEN haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir an pragmatischen Lösungen interessiert sind, und viele innovative Vorschläge gemacht. Wir stehen für zukunftsorientierte und nachhaltige Konzepte. Wo es möglich ist, wollen wir GRÜNEN Bürgerinnen und Bürger in kommunale Entscheidungsprozesse einbeziehen. Wir sind bereit, viel zu arbeiten, und wir tun dies auch.

Herausforderungen und Chancen des demografischen Wandels

Auf die Politik in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Meerbusch kommen große Herausforderungen zu, da sich die Altersstruktur der Bevölkerung gravierend verändert. Der Anteil der jungen Meerbuscherinnen und Meerbuscher sinkt, der der älteren Bevölkerung steigt. Diese Veränderungen müssen Niederschlag in der Politik finden.

Senioren, Menschen in der so genannten nachberuflichen Phase, stellen einen großen Anteil in der Gesellschaft dar. Die Herausforderungen beim Eintritt in das Rentendasein, neue Freiheiten, finanzielle Einschränkungen, der Wunsch gebraucht zu werden, Vereinsamung oder auch veränderte familiäre Bindungen stellen Wendepunkte im Leben vieler älterer Menschen da, die durch fachliche Begleitung und Bildung von Netzwerken mannigfaltige Ressourcen freisetzen können. Um diese umzusetzen und gesellschaftlich wahrnehmbar und erlebbar zu machen, bedarf es wiederum äußerer Voraussetzungen wie Räumlichkeiten, finanzieller Mittel und nicht zuletzt einer fachlichen Begleitung, Beratung und Koordination.

Neben den genannten psychosozialen Faktoren des Wohlbefindens und der Teilhabe, ist bezahlbarer, angemessener und barrierefreier Wohnraum für

das selbstbestimmte Leben im - idealerweise - bekannten Quartier ein Garant für den langen Verbleib in den „eigenen vier Wänden“ und die Aufrechterhaltung sozialer Kontakte.

Es gibt in Meerbusch einen deutlichen Bedarf an kleineren Wohnungen zu Preisen, die sich auch Menschen mit geringen Renten leisten können. Auch Mehrgenerationenwohnen und Senioren-Wohngemeinschaften ermöglichen vielfältige Synergieeffekte, die ein Gesellschaftsbild des Miteinander und Füreinander fördern.

Hier wollen wir zeitnah deutliche Angebotsverbesserungen erreichen – auch in Kooperation mit Wohnungsgenossenschaften und Bauvereinen. Zudem sollte die Selbstversorgung durch Lebensmittel und Dinge des täglichen Lebens, sowie die gute Anbindung an Ärzte, Optiker und Therapeuten besser zu leisten sein. Ergänzend wollen wir den öffentlichen Nahverkehr noch mehr in die Planungen einbeziehen.

Zunehmend werden wir in der Gruppe der Senioren hochqualifizierte und engagierte Menschen antreffen, die gerne selber Wissen an Interessierte weitergeben wollen. Für ein gesundes und aktives Leben im Alter sind präventive Maßnahmen notwendig. Sie fördern die Lebensqualität, körperliche und geistige Mobilität und bedürfen deshalb unserer Unterstützung.

Stadtentwicklung

Interdisziplinäres

Stadtentwicklungskonzept

In der Meerbuscher Politik werden viele Projekte zu isoliert geplant. Bereits in der Vergangenheit haben wir GRÜNEN dafür geworben, Maßnahmen komplexer zu betrachten und miteinander zu verknüpfen. Die Planung der Osterather Bahnunterführung hätte von vornherein die Entwicklung der angrenzenden Ostara-Bebauung berücksichtigen müssen. Klimaschutz und Bauentwicklung sind erst durch uns GRÜNEN zu einem Thema mit großer Schnittmenge geworden.

Wir halten es deshalb für unbedingt erforderlich, dass die Meerbuscher Verwaltung und die verschiedenen Dezernate die Entwicklung der Stadt als gemeinsame Aufgabe betrachten. So wird beispielsweise der Verlust von günstigem Wohnraum von unserer Sozialverwaltung zu Recht schon lange kritisch bewertet, ohne dass im Planungsbereich frühzeitig die notwendigen Konsequenzen gezogen wurden.

Hierauf haben wir GRÜNEN deshalb mit gemeinsamen Konzepten zur Wohnraumentwicklung reagiert. Wir GRÜNEN werden diese komplexe Betrachtung weiter im Blick halten und für das Stadtentwicklungskonzept neben der baulichen Stadt- und Verkehrsplanung die Einbeziehung der Sozial-, der Schulentwicklung, der Ökologie und der Wirtschaft einfordern.

Wohnraum

In Meerbusch sind Grundstücke und Wohnungen teuer. Zusätzlich führt der wachsende Anteil der älteren Bevölkerung zu einem veränderten Bedarf an Wohnraum. Wir haben deshalb ein Wohnraumkonzept beschlossen, das für städtische Neubaugebiete einen festen Anteil an sozial gefördertem Wohnraum vorsieht. Ebenso sollen gezielt kleinere Wohnungen geschaffen werden, die attraktiv für ältere und jüngere Menschen sind.

Dabei haben wir auch die Wohnsituation für BezieherInnen von öffentlichen Leistungen im Blick. Der Anteil an sozial gefördertem Wohnraum ist in Meerbusch stark gesunken. Dies wirkt sich insbesondere auf einkommensschwache Bevölkerungsgruppen aus. Die Stadtplanung hat vier Jahrzehnte lang fast ausschließlich auf die klassische Einfamilienhausplanung gesetzt. Dies führte zu einem Zuzug von einkommensstärkeren Gruppen, allerdings mit einem unterdurchschnittlichen Anteil von Kindern, wie die Gemeindeprüfungsanstalt ermittelt hat. Obwohl der Anteil der Meerbuscher mit niedrigeren Einkommen im Vergleich zu Städten wie Neuss oder Krefeld geringer ist, hat die „Stadt der Reichen“ eine Fürsorgepflicht für alle sozialen Gruppen. Auch dem entsprechen wir mit dem beschlossenen Konzept zur sozialen Wohnraumentwicklung. Dies wollen wir konsequent weiterentwickeln und eine Umsetzung sicherstellen.

Flächenverbrauch und Bauland

Die Stadt Meerbusch hat in der Vergangenheit viele neue Baugebiete geschaffen. Diverse Planungen und Umsetzungen stehen noch bevor. Wir GRÜNEN haben den hohen Flächenverbrauch immer sehr kritisch bewertet. In dieser Wahlperiode ist es zum ersten Mal gelungen, deutliche Reduzierungen der ursprünglichen Planungen zu erreichen. So soll zum Beispiel die gesamte Fläche zwischen dem Strümper Busch und dem Meerbusch-Gymnasium bis zum Meerbuscher Wald (Stadtbahn U76) frei von Bebauung bleiben und anteilig ökologisch entwickelt werden. Für die Fläche zwischen der Arche Noah in Buderich bis zur A 52 ist ebenfalls keine Bebauung mehr vorgesehen. Grundsätzlich wollen wir weitere Bebauung und die Umwandlung von Ackerland in Bauland daran koppeln,

- dass die Stadt Meerbusch (z.B. durch vorherigen Erwerb der Flächen) an dem Veräußerungsgewinn beteiligt wird, um damit die oft erheblichen Infrastrukturkosten aufzufangen,
- dass ein angemessener Anteil von kostengünstigem, z.T. sozial gefördertem Wohnraum, entsteht,
- dass der wachsende Anteil der älteren Bevölkerung durch den Bau kleinerer und barrierefreier Wohnungen oder Kleinhäuser ausreichend berücksichtigt wird. Einen entsprechenden Grundsatz-Beschluss hat der Rat der Stadt Meer-

busch auf der Basis unserer Vorschläge hin bereits im Jahr 2013 getroffen.

- Ebenso ist der Bedarf von jungen Menschen nach angemessenem und bezahlbarem Wohnraum zu berücksichtigen.

Für die Zukunft gilt es, für jede größere Baumaßnahme auf eine konsequente Umsetzung zu achten.

Umwelt und Umweltbelastungen

Wald

Der Anteil der Waldfläche liegt weiterhin erheblich unter dem Bundesdurchschnitt. Wir wollen diesen erhöhen (auch hierzu gibt es bereits einen Grundsatzbeschluss) und Wald- und Biotopbereiche vernetzen. Zwischen der WBM und der Stadt Meerbusch wurde auf Drängen der GRÜNEN im Rahmen der Ostara-Bebauung erreicht, dass die WBM Bäume zur Kompensation der dort benötigten Energie für das Blockheizkraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung anpflanzt. Wir wollen weitere Bürgerwäldchen in unserer Stadt, die in der Bevölkerung große Akzeptanz finden und eine ökologische Bereicherung darstellen.

Baumschutz

Die Grünen befürworten grundsätzlich eine Baumschutzsatzung. Im Rat war diese jedoch nicht umsetzbar, da neben

der CDU auch Teile der FDP und SPD dagegen gestimmt haben. Grundsätzlich hat der Schutz der Natur in der Meerbuscher Bevölkerung einen hohen Stellenwert. Diese Haltung der Menschen in der Stadt im Grünen erkennen wir an und wertschätzen sie. Dies schließt aber leider nicht aus, dass vereinzelt und zum Teil leichtfertig Bäume auf privaten wie städtischen Flächen gefällt werden. Für den städtischen Baumbestand haben wir beschlossen, dass die Öffentlichkeit und die Politik über Baumfällungen und die Gründe informiert werden. Werden städtische Bäume gefällt, werden diese gleichwertig ersetzt. Die Einführung einer Baumschutzsatzung ist nur mit einem breiten Konsens in der Bevölkerung und der Politik möglich.

Bienen-Stadt Meerbusch

Wir sind abhängig von ökologischer Vielfalt. Der Mensch kann nicht gegen die Natur existieren. Zunehmend opfern wir Flächen, und die Verwendung von Insektiziden und Pestiziden in der Landwirtschaft schränkt den Lebensraum von Tieren ein. Eine starke Bedrohung geht auch von genmanipulierten Pflanzen aus, deren Anbau wir Grüne strikt ablehnen. Dramatische Auswirkungen haben die Belastungen auf die Lebensbedingungen von Insekten und insbesondere Bienen. Bienen sind weltweit für die Bestäubung unserer Nutz- und Wildpflanzen zuständig. Die meisten Pflanzenarten, die die Ernährung der Menschen

sicherstellen, werden von Bienen bestäubt. Deshalb wollen wir das Konzept "Blühende Landschaft" (*) aufgreifen und unsere städtischen Grünflächen verstärkt umwandeln, um den Lebensraum für Insekten wieder zu verbessern.

(*) <http://gruene-fraktion-nrw.de/aktuell/publikationen/fachnewsletter/nldetail/nachricht/bienenschutz-bluehende-landschaft.html>

Kein Konverter in Osterath

Die zwingend notwendige Energiewende hat grundsätzlich eine große Akzeptanz in der Bevölkerung. Doch müssen die damit verbundenen Maßnahmen nachvollziehbar und verträglich sein. Dazu gehört, dass Anlagen wie ein Konverter nach intensiver Prüfung nur in Bereichen geplant werden dürfen, die keine Belastungen für die angrenzende Wohnbevölkerung und die Umwelt zur Folge haben. Das gilt für den geplanten Standort in Meerbusch-Osterath auf keinen Fall. Neben den wirtschaftlichen Grundlagen sind vorrangig die Belange von Mensch und Umwelt zu berücksichtigen. Diese Kriterien sind für jeden Standort auch außerhalb Meerbuschs eine zwingende Voraussetzung für die Suche nach einer geeigneten Fläche. Eine Planung, die im Wesentlichen dazu dient, den Strom des dreckigsten Energieträgers, der Braunkohle in die deutschen Netze zu einzuspeisen, ist aus ökologischen und ökonomischen Gründen kein Beitrag zur dringend notwendigen Energiewende in Deutschland.

Zudem sind die bisher vorgelegten Netzausbaupläne überdimensioniert. Unter Berücksichtigung eines Verzichts auf nur wenige Prozente bei der Spitzenlast aus der Offshore-Windenergieerzeugung kann der deutsche Netzausbau deutlich minimiert werden. Dies würde die Kosten reduzieren und die Akzeptanz in der Bevölkerung erhöhen.

Schutz vor Lärm

Keine Kapazitätserweiterung am Flughafen Düsseldorf

Der Schutz der Menschen vor Lärm ist elementar. Der Düsseldorfer Flughafen stellt eine massive Belastung für die in der Region lebende Bevölkerung dar. Viele aktuelle Untersuchungen belegen gravierende gesundheitliche Auswirkungen durch Flugverkehr. Wir möchten alle Möglichkeiten nutzen, um die Belastung der Meerbuscher Bevölkerung zu mindern. Dies beinhaltet sowohl die Prüfung optimaler Flugrouten wie einen schnelleren Steigflug. Einen entsprechenden Auftrag hat der Rat dem Bürgermeister bereits erteilt.

Wir werden uns als GRÜNE weiterhin gegen den schleichenden Ausbau des Flughafens Düsseldorf einsetzen und wollen dabei alle Klagemöglichkeiten für die Stadt Meerbusch nutzen. Wir brauchen weniger statt mehr Flugbewegungen, gerade in den Tagesrandzei-

ten am Morgen und am Abend. Der angekündigte Antrag des Flughafens auf Kapazitätserweiterungen und insbesondere einer Verdichtung der Flugbewegungen in Spitzenzeiten (von 45 auf 60 pro Stunde) ist eine ungeheuerliche Provokation und geht an der Lebenswirklichkeit der Menschen, die rings um den Flughafen leben, radikal vorbei.

Wir fordern eine strikte Nachtruhe. Weitere Flugbewegungen sind inakzeptabel. Der Angerlandvergleich hat für uns GRÜNE Bestand und ist unumstößlich.

Die Deutsche Bahn muss den Bahnlärm reduzieren.

Auch der Bahnlärm in Osterath und Bösinghoven stellt für Anwohner eine unannehmbare Belastung dar. Die Deutsche Bahn, zuständig für Maßnahmen, reagiert jedoch nicht auf diese erheblichen Störungen. Wir GRÜNEN werden in einer Stellungnahme (Regionalplan) auf eine entsprechende Kritik zum Bahnlärm hinwirken und versuchen, mit dem Rat bei der Deutschen Bahn zu intervenieren.

Ausbau A44

Einen möglichen Ausbau der A44 sehen wir GRÜNEN ebenso kritisch, da damit in mehreren Stadtteilen die Lärmbelastung ansteigt. Schon die A57 (für die wir eine Geschwindigkeitsbegrenzung von 100 km/h für angebracht hielten) hat gezeigt, dass ein Ausbau nicht die viel

beschworene Entlastung bringt, sondern ganz im Gegenteil mehr Verkehr nach sich zieht. Dies geht einher mit weiteren, nicht unerheblichen Flächenversiegelungen, die gerade auch im aktuellen Regionalplan als zu vermeiden aufgeführt sind. Deshalb können wir diesen Ausbau nicht befürworten.

Beim Verkehrslärm haben wir GRÜNE regelmäßig für Tempobegrenzungen und Durchfahrbeschränkungen in Wohngebieten votiert. Unsere Haltung dazu ist unverändert. Wir setzen zudem auf verstärkten Rad- und öffentlichen Personennahverkehr.

Verkehrsplanung

Wir GRÜNEN setzen auf einen erhöhten Anteil von Radverkehr. Der Individualverkehr ist maßgeblicher Mitverursacher der hohen Klimabelastungen. Meerbusch hat gemessen am Bevölkerungsanteil einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Kraftfahrzeugen. Selbst sehr kurze Wege werden oft mit dem Auto zurückgelegt. Untersuchungen belegen, dass der hohe Verkehrsdruck in den Ortsteilen aus so genanntem Ziel- und Quellverkehr besteht. Das heißt, der größte Verkehrsanteil wird ortsintern produziert. Auch die extreme Belastung z.B. auf der Düsseldorfer / Moerser Straße ist einem hohen Anteil innerörtlichen Verkehrs geschuldet.

Wir sehen Möglichkeiten, mit einem optimierten Angebot an Radwegen sowie einer Kooperation von Fahrradhändlern, WBM (Rad-Elektromobilität) und Stadt, den Anteil des Radverkehrs deutlich zu erhöhen. Hier sind bereits die richtigen Schritte im Rahmen des Meerbuscher Klimaschutzkonzeptes angestoßen worden. Die Stadt und damit die Politik sind gefordert, diese verbesserten Strukturen in einem angemessenen Finanzierungsrahmen zu schaffen und dem Radverkehr eine höhere Priorität zu geben.

Der sehr hohe Anteil von motorisiertem Individualverkehr verursacht zudem für die Stadt Meerbusch und damit für die Meerbuscher Bevölkerung hohe Infrastrukturkosten. Dem wollen wir dadurch begegnen, dass die erheblichen Kosten der Stadt Meerbusch durch Vorhalten und Unterhalten von Parkraum nicht mehr durch die Allgemeinheit allein getragen, sondern durch eine Parkraumbewirtschaftung refinanziert wird.

Neben der Reduzierung von städtischen Aufwendungen, mindert dies auch den Druck, stetig neuen Parkraum schaffen zu müssen, da eine Parkraumbewirtschaftung einen höheren Fahrzeugumlauf bei kleiner Fläche ermöglicht. Für den Dr.-Franz-Schütz-Platz in Büderich könnte dies zum Beispiel bedeuten, dass die Fläche bei vergleichbarem Nutzungsangebot attraktiv gestaltet werden könnte.

Die Verteilung von wenigen Wohnein-

heiten auf viel Fläche erschwert die Möglichkeiten, in Meerbusch mit öffentlichem Personennahverkehr eine optimale Mobilität sicherzustellen. Im Gegensatz zu den Rheingemeinden und Ossum-Bösinghoven sind die Meerbuscher Kernbereiche Büderich, Osterath, Strümp und Lank-Latum relativ gut an den ÖPNV angebunden. Wir GRÜNEN setzen uns dafür ein, dass Konzepte entwickelt werden, die eine angemessene Mobilität aller Verkehrsteilnehmer in allen Stadtteilen ermöglichen.

Die Gewerbe-Entwicklung in Düsseldorf-Lörick und Düsseldorf-Oberkassel wird höhere Verkehrsbewegungen auslösen, die wir vorrangig mit der Stadtbahn auffangen möchten. Deshalb befürworten wir grundsätzlich eine neue Linie 81, die an Meerbusch-Büderich angebunden werden sollte, sowie eine Anpassung der Takte auf der Linie der U76 an den sich weiter entwickelnden Bedarf. Auch halten wir die Aktivierung der Buslinie über die A 44 in den Düsseldorfer Norden, mit einer angemessenen Taktfrequenz für notwendig. Derzeit zwingen die ÖPNV-Verbindungen zu einem zeitaufwendigen Umweg über das Stadtgebiet Düsseldorf.

Sicherheit im Straßenverkehr

Bündnis 90/DIE GRÜNEN fordern größere Rücksichtnahme auf ältere Menschen und Kinder im Straßenverkehr. Den besonderen Anforderungen soll die Verkehrsgestaltung durch entsprechende Angebote Rechnung tragen: sicherere

Verkehrswege, längere Ampelphasen für Fußgänger, akustische Signale, mehr Service beim ÖPNV, Temporeduzierung an potenziellen Gefahrenstellen, z.B. Schulwegen, Eindämmung des Parkens und Fahrens von Kraftfahrzeugen in den Fußgängerbereichen sowie auf den Geh- und Radwegen. Wir sprechen uns zudem für weitere verkehrsberuhigte Zonen aus mit dem Ziel, Lärm, Schadstoffe und Unfallzahlen zu reduzieren.

Straßen in Wohngebieten

Der Ausbau und der Erhalt von Straßen sind mit großem finanziellem Aufwand verbunden. Für die Straßen innerhalb von bebauten Gebieten werden die Anlieger auf einer gesetzlichen Grundlage an den Kosten der Herstellung oder Grundsanierung beteiligt. Das ist vom Grundsatz richtig und nachvollziehbar. Wir sind aber der Meinung, dass in Meerbusch insbesondere in Wohngebieten nicht jede Straße mit dem hier üblichen Standard ausgebaut werden muss. Oft sind Straßen sehr breit angelegt oder werden für Schwerlastverkehr oder landwirtschaftliche Fahrzeuge geplant. Das halten wir für unnötig. Mit einem reduzierten Standard sollten wir die Kosten für die Anlieger und für die Stadt reduzieren können.

Wirtschaftswege

Auch die Wirtschaftswege sind häufig überdimensioniert und für große Landmaschinen z.T. mit Begegnungsverkehr

ausgebaut. Hier zahlt bisher ausschließlich die Stadt Meerbusch die Erstleistungs- und Sanierungskosten. Andere Kommunen haben Regelungen, dass sich die eigentlichen Nutznießer an den Kosten beteiligen. Dies halten wir für gerechtfertigt. Wir befürworten deshalb eine entsprechende Beteiligungsregelung von landwirtschaftlichen Betrieben an den Kosten.

Wirtschaftswege sind auch Teil des Radverkehrssystems. Wir möchten für einen erhöhten Anteil des Radverkehrs das Netz der Wirtschaftswege optimieren. Unter anderem könnten hiermit die Schulwege, z.B. von Osterath zum Städtischen Meerbusch-Gymnasium, deutlich sicherer werden. Hierzu sind auch Maßnahmen zu vereinbaren, wie den missbräuchlichen Schleichverkehren durch Kraftfahrzeuge begegnet werden kann.

Gute Bildung braucht gute Schulen

Das dreigliedrige Schulsystem bietet aus grüner Sicht keine optimale individuelle Förderung von Kindern unterschiedlichster Herkunft. Deshalb wollen wir ein integratives Schulangebot, in dem alle Kinder entsprechend ihren Begabungen gefördert werden und ihnen Zeit für Entwicklung gelassen wird. Wir GRÜNEN befürworten deshalb den Ausbau des Gesamtschulangebots. Viele Eltern in Meerbusch wollen dies auch, aber

an der Maria-Montessori-Gesamtschule können nicht alle angemeldeten Kinder aufgenommen werden.

Für eine weitere Gesamtschule in Meerbusch fehlen derzeit die rechtlichen Voraussetzungen. Eine Elternbefragung und die Anmeldezahlen haben zwar ergeben, dass der Bedarf für die Gesamtschule groß, jedoch nicht ausreichend für eine zweite Gesamtschule ist. Deshalb wollen wir Varianten umsetzen, um das Angebot an Gesamtschulplätzen zu erweitern. Einen weiteren Ausbau der Maria-Montessori-Gesamtschule am Standort lehnen wir aufgrund der bereits bestehenden Größe ab.

Auf einzelne Grundschulen kommen Veränderungen zu, da der Anteil der Kinder sinkt und die Verteilung auf zu viele Schulgebäude keine ausreichende pädagogische Qualität sichert. Dies hat den Hintergrund, dass die Anzahl der Lehrerinnen und Lehrer, die vom Land NRW angestellt werden, sich nicht nach der Anzahl der Schulen, sondern nach der Anzahl der Kinder richtet. Das heißt, mehr Schulen bringen keineswegs kleinere Klassen, sondern dies steht der Organisation qualitativ hochwertigen Unterrichts entgegen. Wir wollen und müssen deshalb auf eine sinkende SchülerInnenzahl mit einer Anpassung des Raumangebotes reagieren.

Für uns GRÜNE gehört die Inklusion, also der gemeinsame Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kin-

dern, als Angebot für die Eltern und Kinder zum festen Bestandteil der Bildungslandschaft. Hierfür wollen wir die erforderlichen finanziellen Grundlagen zur Verfügung stellen.

Schulgebäude dürfen nicht verkommen. Notwendige Sanierungen müssen unmittelbar umgesetzt werden. Die Schulen sind in einem Zustand zu erhalten, der effektives und freudvolles Lernen ermöglicht. Die Schülerinnen und Schüler brauchen ein positives Bildungsumfeld, in dem sich auch Wohn- und Lebenswerte entwickeln können.

Familie, Kinder und Jugend

Wir GRÜNE setzen uns für eine umfassende Unterstützung von Kindern und Familien ein. Familie ist für uns da, wo Menschen unterschiedlicher Generationen füreinander Verantwortung dauerhaft übernehmen. In „klassischen“ Familien ebenso wie in Patchwork-Familien, Regenbogenfamilien oder Ein- Eltern-Familien.

Kinder haben ein Recht auf die bestmögliche Förderung. Dazu gehört es, Eltern in ihrer Erziehungskompetenz z.B. über entsprechende Angebote der Familienbildung und Familienzentren zu stärken. Wir wollen die Qualität der Kindertagesbetreuung weiter entwickeln, auch über die gesetzlichen Mindeststandards hinaus. Der von uns GRÜNEN mit

forcierte U3- Ausbau muss so lange intensiv fortgesetzt werden, bis der Bedarf der Eltern in baulich gut ausgestatteten Kitas gedeckt werden kann. Bei entsprechendem Bedarf sollte eine Kita in jedem größeren Ortsteil bis 19.00 Uhr geöffnet sein, wobei die Betreuungszeit der Kinder die verbreiteten 9 Stunden täglich nicht überschreiten soll. Wir wollen außerdem in der Kinderbetreuung ein Speiseangebot, das gesund, frisch und saisonal ist. Dies wirkt sich langfristig positiv auf die Gesundheit der Kinder aus.

Für sehr junge Kinder kann die Kindertagespflege eine gut geeignete Betreuungsform sein. Wir wollen daher eine Stärkung der Wertschätzung dieser Betreuungsform, eine Mindestqualifikation von 160 Stunden und eine angemessene Bezahlung der Tagespflegepersonen, die tarifvertraglichen Steigerungen folgt (z.B. jährliche Anpassung, Stufen nach Berufserfahrung).

Die konzeptionelle Weiterentwicklung von Frühen Hilfen und Kinderschutz soll erreichen, dass Kinder schon in ihren Familien bestmögliche Bedingungen für ihr Aufwachsen erhalten. Dazu kann z.B. der Einsatz von Familienhebammen gehören und die Bildung von Netzwerken der mit Kindern arbeitenden Professionen.

Die Arbeit im Jugendamt und der Kindertagesbetreuung ist von außerordentlich hohen Belastungen geprägt. Hier ist auf eine gute Personalausstattung zu

achten, wovon letztlich auch Kinder und Familien profitieren.

Partizipation von Kindern und Jugendlichen in den sie betreffenden Angelegenheiten ist der Schlüssel zu Bildung und zur Entwicklung eines demokratischen Verständnisses vom Zusammenleben in einer Gesellschaft. Wir GRÜNE begrüßen, wenn sich Jugendliche engagieren wollen – sei es für einzelne Projekte und als dauerhafte Jugendvertretung - und werden solche Initiativen unterstützen.

Wir GRÜNE wollen damit schon bei den Kleinsten altersgerecht anfangen und Jugendliche verstärkt in die sie betreffenden Angelegenheiten einbinden. Angebote der offenen und kulturellen Jugendarbeit sind auch als Teil des Bildungssystems zu verstehen und entsprechend zu erhalten.

Soziales

Armut hat leider Zukunft, auch in Meerbusch. Viele private Haushalte sind verschuldet, Tendenz steigend. Die an anderer Stelle ausgeführte Wohnungsproblematik trifft finanziell schlecht gestellte, ältere und behinderte Menschen besonders hart. Somit definiert Armut sich nicht nur durch ein Einkommen unter der Armutsschwelle, Armut kann viele Gründe haben. Immer weniger Menschen haben die

Möglichkeiten eines selbstbestimmten Lebens. Sie stecken in der Armutsfalle. Wer ein niedriges Einkommen hat, ist auch im Alter arm. Dies trifft besonders oft auf Frauen zu. Diese Entwicklung der zunehmenden Altersarmut wird in Zukunft zu einem großen Problem. Alleinerziehende und Familien mit mehreren Kindern sind neben Jugendlichen, die nie den Eintritt in die Arbeitswelt schaffen, die Hauptverlierer. Das Armutsrisiko von Alleinerziehenden ist wesentlich höher als das der Gesamtbevölkerung. Deshalb müssen, auch um die Teilhabe am sozialen Leben zu gewährleisten, entsprechende Angebote geschaffen und ausgebaut werden. Deshalb sollen weitere Zugangserleichterungen neben den Leistungen des Bildungs- und Teilhabepakets ermöglicht werden.

Darüber hinaus muss geprüft werden ob ein Handlungsprogramm gegen Altersarmut in der Stadt Meerbusch geschaffen werden muss. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Unterstützung langfristig aus der Obdachlosigkeit zu entkommen. So, wie wir GRÜNEN die Schaffung der ganzheitlichen Beratung in diesem Segment unterstützt haben, werden wir uns für den Erhalt dieser Hilfe zur Selbsthilfe in den nächsten Jahren weiter einsetzen.

Alle in dieser Stadt lebenden Menschen sollten sich vertreten wissen. Wir GRÜNE setzen uns ein für ein städtisches Leben, das durch Solidarität, Toleranz und Vielfalt geprägt ist und von allen BürgerInnen aktiv mitgestaltet werden

kann. Es ist normal, verschieden zu sein. Eine inklusive Stadtgesellschaft sieht alle Menschen als individuell, besonders und gleichberechtigt an, unabhängig von Herkunft, Alter, Geschlecht, sexueller Orientierung, Weltanschauung oder Handicap. Wir wollen das Zusammenleben der Generationen fördern, Barrierefreiheit ist dabei eine grundlegende Notwendigkeit - egal ob im Alter oder für Menschen mit Behinderung.

Ziel ist es, ein selbständiges und selbstbestimmtes Leben mit passgenauen und in das Umfeld eingebetteten Angeboten und Hilfen zu vermitteln. Zur Teilhabe gehört ebenso Beteiligung. Deshalb haben wir uns für die Schaffung der Stelle eines Behindertenbeauftragten eingesetzt, damit die Menschen vor Ort in die Gestaltung der Angebote und ihres Umfeldes sich besser einbinden können. Die Wünsche und Bedarfe der Betroffenen sollen im Mittelpunkt stehen. So wollen wir weiter die UN-Behindertenrechtskonvention bis 2020 umsetzen. Selbstbestimmt leben und so viel Eigenständigkeit wie möglich trotz Behinderung. Dies muss selbstverständlich auch für Menschen mit besonderem Unterstützungsbedarf gelten. Denn der Anspruch auf Teilhabe ist unteilbar. Wir GRÜNEN wollen diesem Anspruch durch konkrete politische Schritte in Meerbusch noch mehr Geltung verschaffen.

Kultur in und für Meerbusch

Jugendkultur

Mit dem Meerbuscher Jugendcafé - JuCA - Halle 9 -, das Politik und Verwaltung im letzten Jahr auf den Weg gebracht haben, besteht für die Meerbuscher Jugend ein attraktives Angebot. Hier ist ein ungezwungener Aufenthalt ohne Konsumzwang möglich. Der Osterather Betreuungsver-ein Meerbusch und die Musikszene Meerbusch organisieren, finanziert durch die Stadt Meerbusch, das Musik- und Kulturangebot. Für diese wichtige Jugendeinrichtung wollen wir die notwendigen Rahmenbedingungen durch eine ausreichende Finanzierung sicherstellen.

Haus Meer ist die kulturelle Keimzelle unserer Stadt

Wir GRÜNEN haben den Eindruck, dass die Politik bei der Gestaltung von Haus Meer an ihre Grenzen stößt. Mit einer „zurückhaltenden Verwaltungsspitze“ und gegen die wirtschaftlichen Interessen des Eigentümers ließen sich bisher keine konsensfähigen, diesem besonderen Ort angemessenen Konzepte umsetzen.

Die aktuelle Planung eines Luxushotels ist für die GRÜNEN nicht mit den Anforderungen des Denkmalschutzes und des Naturschutzes

vereinbar. Deshalb haben die GRÜNEN einen Ratsbeschluss veranlasst, der eine Bebauung ohne die entsprechende Berücksichtigung des Denkmalschutzes, des Bodendenkmalschutzes und der Naturschutzbelange ausschließt.

Wir GRÜNEN werden weiterhin nur eine Planung akzeptieren, die eine öffentliche Nutzung des denkmalgeschützten Parks und die Anforderungen an Denkmal- und Naturschutz garantiert. Dabei steht auch die Stadt Meerbusch in der Verantwortung, die Sicherung des Denkmals und die Nutzung durch die Bevölkerung angemessen mit zu finanzieren.

20 Jahre Forum Wasserturm

Unsere Bibliotheksangebote, die städtische Musikschule, die Volkshochschule, aber besonders auch die vielen engagierten Kunst- und Kulturinitiativen von privater Seite, machen die Vielfalt und die Qualität der Kultur in und für Meerbusch mit aus und verdienen unsere Unterstützung. Zentral für die Kulturangebote in unserer Stadt ist das Forum Wasserturm, das in diesem Jahr 20 Jahre alt wird und inzwischen ein weit über unsere Stadtgrenzen hinaus beliebter und bekannter Kulturort ist. Mit Unterstützung der Stadt und vom Land NRW wird ab Mitte 2014 auch das neue, digital aufgerüstete Kinoangebot die breite Palette der Kulturveranstaltungen im Forum Wasserturm attraktiv erweitern. Wir GRÜNE wollen auch künftig mit dafür sorgen, dass Kunst und Kultur in un-

serer Stadt ein fester Bestandteil unserer Lebensqualität in Meerbusch bleiben.

Städtischer Haushalt

Die Ausgaben der Stadt Meerbusch müssen sich konsequenter an der Einnahmen- bzw. der Verschuldungssituation der Stadt orientieren. Insbesondere die CDU und die SPD ließen und lassen sich schnell von interessanten Projekten blenden und dazu hinreißen, trotz hoher Verschuldung und nicht ausgeglichenem Haushalt ohne größere kritische Auseinandersetzung Millionenbeträge auszugeben. Ein aktuelles Beispiel ist die "kostenentkoppelte" Diskussionen um das Hallenbad. Die GRÜNEN befürworten eine sachgerechte und kostengünstige Hallenbad-Lösung. Dies könnte ein Hallenbad-Neubau mit einfacherem Standard sein. Die Kostenprüfungen bleiben abzuwarten.

Bürgerbeteiligung und Transparenz

Wir GRÜNEN wollen Meerbuscher Bürgerinnen und Bürger stärker in kommunale Entscheidungsprozesse einbeziehen und damit deren Teilhabe an politischen Prozessen stärken. Die Bevölkerung wird auf unsere Initiative hin umfassend und rechtzeitig über Planungen kommunaler Infrastrukturmaßnahmen und Stadtentwicklungs-

konzepte informiert und in deren Entwicklung einbezogen. Wir sind der Überzeugung, dass eine intensive Einbindung der Bürgerinnen und Bürger von Beginn an, ihre Identifikation mit der Stadt erhöht und die Akzeptanz der gefunden Lösungen fördert. Den MeerbuscherInnen soll die Teilhabe an politi-

schen Prozessen durch gestaltete Debatten oder im Bedarfsfall z.B. durch Planungszellen und öffentliche Diskussionsforen ermöglicht werden. Dabei ist die Einbindung aller betroffener Bevölkerungsschichten sicher zustellen.



Liebe Meerbuscherinnen und Meerbuscher,

wir haben Ihnen hier nur einige, aber für uns wesentliche Themen für die zukünftige Ratsarbeit der GRÜNEN vorgestellt. Wir stehen für eine bürgernahe Politik auf der Basis grüner Grundwerte.

Wir bitten Sie, uns am 25. Mai 2014 bei der Kommunalwahl erneut Ihr Vertrauen zu auszusprechen, in dem Sie uns Ihre Stimme geben. Wir wollen auch in der nächsten Wahlperiode alles daransetzen, unsere grünen Inhalte für unsere Stadt Meerbusch so weit wie möglich umzusetzen. Dafür brauchen wir Ihre Mitarbeit und Unterstützung: Wählen Sie DIE GRÜNEN

Joris Mocka
Parteivorsitzender
BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN MEERBUSCH

Beschluss der Mitgliederversammlung von
Bündnis 90/DIE GRÜNEN Meerbusch
vom 19.03.2014 und der Vorstandssitzung
vom 05.04.2014

www.gruene-meerbusch.de

